

Die Halle vierteljährlich bei mehrmaliger
Rufstellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständige Abonnements
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe
„Saale-Bl.“ gestattet.

Verantwortl. Redakteur: Hr. L. 1140;
der Anzeigen-Abteilung: Hr. 170; der
Abonnement-Abteilung: Hr. 1135.

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

werden die 6 getauelten Seiten
oder deren Raum mit 30 Pfg., solche
aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in
unseren Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle,
auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Rezeptionsstelle: Markt 24.

Nr. 164.

Halle a. S., Mittwoch, den 9. April.

1913.

Der Druck der öffentlichen Meinung.

In seiner Rede zur Rüstungsfrage hat der Herr Reichs-
kanzler v. Bethmann Hollweg seine Friedensliebe betont und
die Schrecken des Krieges in anschaulicher Weise geschildert.
Auch hier er hervor, daß die Beziehungen Deutschlands zu
der russischen und zu der französischen Regierung gut seien.
Aber wenn man nun hätte glauben wollen, diese Bekenn-
nisse des Reichskanzlers sprächen doch eigentlich gegen eine
so gewaltige Verstärkung der Rüstungen, so belehrt uns der
leitende Staatsmann im nächsten Moment, dies sei nicht der
Fall, denn man wisse nie, wohin der Druck der öffentlichen
Meinung die Regierungen treiben könne.

Der Druck der öffentlichen Meinung — es ist charak-
teristisch, daß ihm jener Staatsmann eine so tiefe Referenz
erweist, der seiner geringen Sympathie für die öffentliche
Meinung seinerzeit — wir erinnern an die Verhandlungen
über die Novelle zum Wahlgesetz im Jahre 1906 — so uner-
höhten Ausdruck gegeben hat. Die öffentliche Meinung ist
eben eine Macht, der sich niemand im Staatsleben ganz ent-
ziehen kann, und wenn seine inneren Stimmungen ihn noch
so weit abtrieben von dem demokratischen Gedanken, der in
eben dieser Bekundung des öffentlichen Geistes liegt.

Die öffentliche Meinung ist ein schwer fassbares Etwas.
Man kann sie nicht greifen, man kann nicht erklären, wer sie
hervorgebracht und ihr den Resonanzboden verschafft hat —
aber sie ist da, und kluge Staatsmänner müssen sich mit ihr
in irgend einer Form abzufinden suchen. Herr v. Bethmann
Hollweg hat im großen und ganzen der öffentlichen Meinung
in seinem eigenen Vaterlande wenig Entgegenkommen ge-
zeigt, und daher rührt wohl auch seine geringe Popularität
im großen Publikum. Eine grausame Ironie der Weltge-
schichte ist es, daß er jetzt sich gewungen sieht, auf den Druck
der öffentlichen Meinung in anderen Ländern ein so außer-
ordentlich hohes Gewicht zu legen, wie es sich in der Vor-
legung der gewaltigen Mehrstimmigen dokumentiert.

Und dabei handelt es sich bei dem Druck der öffentlichen
Meinung, der in chauvinistischen Bahnen hineinweist, in Frank-
reich und in Russland zweifellos genau ebenso wie bei uns
in Deutschland um die Wünsche und Anregungen von Minder-
heitsgruppen. Neben der wirklichen öffentlichen Meinung
steht nämlich überall die Kunst einer kleinen, aber lauten
Gruppe, die irgend eine Forderung mit Pathos und Energie
hinausposaunt und damit den Eindruck erweckt, als ob hier
die „öffentliche Meinung“ sei, während es sich in der Tat
eben nur um die Willensmeinung weniger handelt, die große

Masse aber sich in der betreffenden Frage reserviert verhält.
Von jeher haben es die Chauvinisten aller Länder verstanden,
ihre „nationalen Forderungen“ als den Wunsch des ge-
samten Volkes hinzustellen, als den Ausdruck der wahrhaf-
tigen öffentlichen Meinung; denn es ist in keinem Lande der
Welt angangem, sich von denen, die die nationale Meinung
gepaßt zu haben glauben, als weniger national vorsetzen
zu lassen. Hier wird ein „Druck der öffentlichen Meinung“
erzeugt, der um deswillen vererblich und höchst gefahr-
bringend sein kann, weil die wirkliche öffentliche Meinung
nicht zur Geltung kommt, weil die Minderheit es versteht,
sich in die Pose der Mehrheit zu verlegen.

Dem Druck dieser öffentlichen Meinung werden sich starke
und verantwortungsvolle Regierungen noch immer zu ent-
ziehen wissen. Der Druck der wirklichen öffentlichen Mei-
nung aber ist auf die Dauer doch unüberwindlich. Darin
liegt für die Demokratie Trost und Rechtfertigung zugleich.
Was an Volkswünschen innerlich berechtigt und durchführbar
ist, setzt sich doch mit einer unabwehrbaren Notwendigkeit
durch. Es sind hierfür keineswegs immer die Machtverhält-
nisse ausschlaggebend, aber die Regierungen können sich dem
Druck der öffentlichen Meinung nicht dauernd widersetzen,
wenn die vorgebrachten Forderungen an sich gesund sind und
im Zuge der Zeit liegen. Wie viele Dinge hat doch eine
widerstrebende Regierung schließlich zugeben müssen, ob-
wohl sie Jahre und Jahrzehnte hindurch glauben ließ, die
Welt würde einfallen oder das Deutsche Reich in Scherben
gehen, wenn jene Volksworderung zur Erfüllung käme. Wel-
cher parlamentarischen Kämpfe hat es seinerzeit bedurft, um
das Verbindungsverbot für politische Vereine aufzuheben!
Die parlamentarischen Machtverhältnisse zwangen den
Reichskanzler damals keineswegs dazu, die Forderung eid-
lich zu erfüllen, sondern einfach die Tatsache, daß das Fest-
halten an der alten überlebten Bestimmung als eine Eigen-
sinnigkeit erschien, die auch eine noch so sehr auf die Volks-
meinung pfisende Regierung nicht mehr aufrecht erhalten
konnte. Gesetz und Recht erben sich bekanntlich wie eine
ewige Krankheit fort, und erst des ständig bohrenden Volks-
willens bedarf es, um Gesetzgebungsgerinnen zu beseitigen. Die
Düdenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten hat Jahrzehnte
hindurch fortbestanden, alle Anträge auf Beseitigung dieses
schädlichen Zustandes waren vergeblich — mit einem Mal
wurde auch diese Forderung, wenn auch allerdings nicht in
dem vielfach gewünschten Sinne, erfüllt. Der Druck der
öffentlichen Meinung hatte auch hier gesiegt. Ähnlich lag
es bei der Erweiterung der Benutzung von Freifahrkarten
für die Abgehenden. Und wenn wir nun dieser Tage erst
gesehen haben, wie die seit Jahren wiederholte Forderung
auf Lieferung anständiger Wählurnen erfüllt werden soll,
so müssen wir auch hier uns der Tatsache bewußt bleiben,

daß es der Druck der öffentlichen Meinung, nicht aber der
Zwang der parlamentarischen Lage war, der die Regierung
trotz des Widerstrebens der Konservativen veranlaßt hat,
hier ein Zugeständnis zu machen. Und schließlich: wenn die
Regierung im Jahre 1910 für Breußen eine Wahlrechtsvor-
lage gemacht hat, wenn sie auch noch so schlecht und unan-
nehmbar war, so war es auch hier nicht im mindesten die
parlamentarische Mehrheit, die sie zu diesem Vorgehen
zwang — ganz im Gegenteil —, sondern wiederum allein die
Tatsache, daß sie hier einem Volkswillen gegenüberstand,
dessen Macht sie sich nicht völlig entziehen konnte.

Diese Erwägungen geben den Optimisten recht, die der
Auffassung sind, daß gegen Ende die Macht der Gedanken
und die Kraft eines festen, auf ein gutes und klares Ziel ge-
richteten Volkswillens sich überall durchzusetzen imstande ist.

Die Replik der Mächte auf die Antwort der Balkanstaaten.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird die Botschafter-
vereinigung, die am Dienstag in Londoner Auswärtigen
Amt zusammentrat und über zwei Stunden dauerte, vor
Freitag nachmittag nicht wieder zusammentreten. Die Bot-
schafter trafen die Entschädigung über die Bedingungen der
Antwort, welche die Mächte den Balkanstaaten als Antwort
auf deren letzte Note überreichen werden. Im Laufe des
Abends landeten die Botschafter Telegramme an ihre Regie-
rungen, in denen ihre Entschuldigungen dargelegt werden.
Die den Balkanverbündeten bereits mitgeteilten Anschauungen
der Mächte sind unverändert geblieben. Aus der Ant-
wort wird das hervorgehen. — In den zukünftigen Kreisen
wird betont, daß die wirkliche Frage die sei, ob die Krieg-
führenden den Frieden wünschen. Im behandelnden Falle, so
wird erklärt, sollte wohl keine Schwereitigkeit bestehen, den
Frieden zustande zu bringen. Dies werde den beteiligten
Regierungen dargelegt werden, denen die Notwendig-
keit und die Vorteile einer Einstellung der
Feindseligkeiten noch mals eindringlich vor-
geschlagen werden würden. Erkundigungen in dip-
lomatischen Kreisen zeigen, daß die Stimmung ein wenig
hoffnungsvoller ist. Jedoch wird erklärt, daß die Haltung
der Verbündeten gemäßigter erscheine. — Es sollen zwei
Vorschläge finanziellen Charakters gemacht
werden, die einen gewissen Einfluß auf die monte-
negrinische Regierung haben dürften; aber über
beiden dieser Punkte ist eine genaue Auskunft zu erhalten.
— Wie das Reutersche Bureau erfährt, soll sich die inter-
nationale Blockade von Antivari bis zum Fluß
Drin ausdehnen.

Feuilleton.

Haben wir eine Claque in Deutschland?

Von Richard Schulz, Direktor des Metropoltheaters in Berlin.

Kürzlich liefen einige Informationen über die Claque in
ausländischen Theatern durch die Presse. Im Anschluß daran
wurde in der deutschen Presse gefragt, ob es auch in Deutsch-
land eine Claque gebe. Wir haben daraufhin einen berufenen
Kenner der Verhältnisse, nämlich den Vorsitzenden des Vere-
ins reischauplatzführer Bühnenleiter, um seine Meinung
befragt, und was er uns im Nachstehenden schreibt, wird um
so mehr interessieren, weil er freimütig das Gesandnis von
der Betätigung der Claque in Deutschland macht und sogar
nähere Einzelheiten darüber erzählt:

Die Institution der Claque existiert in Deutschland fast
in allen größeren, nur in allen Dingen aber in allen Genre-
theatern mit ganz geringen Ausnahmen. Sie unterscheidet
sich norteilhaft von der ausländischen Claque dadurch, daß sie
viel diskreter gehandhabt wird und sich auch nicht auf direkt
schätzbaren Plätzen konzentriert, sondern sich bescheiden im Hinter-
grund hält und sich damit begnügt, durch rechtzeitigen Bei-
gang des Applauses das Publikum zum Beifallsstürzen zu
animieren.

Eine unbedingt notwendige Einrichtung ist die Claque
keinesfalls, dennoch halte ich sie nicht für überflüssig und bei
richtiger Handhabung sogar nützlich für den Betrieb des
Theaters. Eine richtig gehandhabte Claque, die sich selbst-
verständlich immer in diskreten Grenzen halten muß, kann
viel zur Stimmung des Publikums beitragen. Unser moder-
nes Publikum ist in den meisten Fällen applausmäßig,
denkt nun mindestens nicht daran, mit dem Applaus zu be-
ginnen, auch wenn ein Stück oder eine Nummer ihm gefällt.
Für diesen Fall soll eine gebildete und richtig geführte Claque
mit dem Beifall beginnen, der dann erfahrungsgemäß von
dem Publikum aufgenommen und zu einem starken, lebhaften
Beifall wird, was oft für den äußeren Erfolg eines Stückes
entscheidend ist und die Darsteller zu immer besseren Leistungen
animiert.

Sobemerke hierzu, daß es selbstverständlich ist, daß die
Claque nur dann nützlich wirkt, wenn ein wirklich verständiger
Mann diese leicht und streng darauf achtet, daß nur dann
der Beifall einigentlich hat, wenn sich solche gute Stimmung
im Publikum befindet und der eintreffende Applaus nicht
vom Publikum zurückgewiesen wird und Ablehnung ertrotzt.

Ich stehe auch gar nicht an, zu erklären, daß das Metropol-
theater eine ständige Claque besitzt, welche von einem Claque-
chef geleitet wird. Diese Claque hat der Generalprobe
beizuwohnen, um sich genau über die Stellen zu informieren,
die voraussichtlich bei der Premiere den Beifall des Publi-
kums finden können und, sobald sich im Publikum dann jene
vorhin erwähnte günstige Stimmung einstellt, wird dieses
durch den diskret einsetzenden Applaus der Claque zum Mit-
applaudieren animiert.

Die im Metropoltheater tätige Claque besteht aus 8 bis
12 Personen. Es ist selbstverständlich, daß eine solche geringe
Anzahl die Meinung des Publikums nicht beeinflussen kann,
sondern ihren Zweck lediglich darin sieht, die Stimmung des
Publikums zu erleichtern und bei günstiger Laune mit dem
Applaus zu beginnen.

Daß ein Bühnenwerk, welches mit der Gunst des Publi-
kums nicht zu rechnen hätte, nur durch Hilfe der Claque zu
einem Erfolg zu bringen wäre, halte ich für nützlich ausge-
schlossen; ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß in einem
solchen Falle das Publikum die Claque durch Rufen ebenfalls
zurückweisen würde und diese durch ihr unrichtiges Eingreifen
einen viel leichter schmerzlichen Mißerfolg nur nicht abwenden,
sondern sogar verstärken würde.

Am Anschluß an die Ausführungen des Direktors Richard
Schulz haben wir auch andere Berliner Bühnenleiter be-
fragt und auch sie sprechen sich vielfach für die Nützlichkeit
einer Claque aus. So äußert sich die Direktion des Theaters
am Rollendensplatz:

„Soviel uns bekannt, existiert auch in Deutschland die
Claque in Theatern, hat aber wohl nicht die Bedeutung wie
vor allen Dingen in Frankreich, die Varietés ausgenommen.
Es ist natürlich sehr erklärlich, daß bei Stücken, die eine ge-
wisse Resonanz im Publikum brauchen, eine Claque natürlich
von Nutzen sein kann. Wir hoffen das Berliner Publikum
für viel zu selbständig, als daß es sich aber diese künstliche
Resonanz aufstrotzen ließe. Zu unserem Theater haben
wir keine Claque.“

Es gibt dann auch Direktionen, die weniger freimütig
sind. So schreibt Herr Volten Paeders, der Direktor des
Spieltheaters in Berlin:

„Wenn helfen können kann ich mir nicht denken, daß das
große Publikum ein Interesse daran hat, zu erfahren, ob
dieses oder jenes Theater eine Claque besitzt. Gestatten Sie
mir daher, daß ich mich nicht äußere. Ich glaube, daß sich
trotzdem die Erde weiter drehen wird!“
Honey soil, qui mal y pense!

Berliner Theaterbrief.

„Berg-op-Zoom“.

„Berg-op-Zoom, wir sind fromm, schüß uns vor der Feinde
Schar!“ So heißt in einem der schönsten altdeutschen
Volkslieder, die man bei uns so gern singt. Was aber hat Berg-
op-Zoom, die berühmte holländische Fehlung, mit einem französi-
schen Lustspiel zu tun? So dürfte man sich fragen, da man den
Titel der neuen Komödie des geistreichen Sacha Guityr
Die Einnahme von Berg-op-Zoom las, die in Paris
einen so großen Erfolg hat und uns nun auch in den Kammer-
spielen des Deutschen Theaters dargeboten wurde. Die histo-
rische Reminiscenz ist natürlich nur ein Schmuck; sie ist gleichsam
der Nagel, an dem das amüsante und sarte Seelenbildchen des
holländischen Volkes aufgehängt ist. Die tolle Tapere, nie einge-
nommene Fehlung, sie ist ein einziges Mal einem Stamme erlegen,
der das Unmögliche wagte und in einer glücklichen Stunde mit
einer Energie und Leidenschaft Sturm lief; dem Grafen
Lomendahl. Was gleicht mehr einer solchen tapieren starken
Fehlung als eine schöne ausländische Frau? Aber ein hartnäckiger,
ein sühner und geistreicher Belagerer liegt auch hier, wenn er
nur die ganze Kraft seines Geistes und Willens zusammen-
nimmt. So gelangt es dem Polizeikommissär Heriot, der nach
manchen leichten Eroberungen den entscheidenden Lebenskampf für
die Ehe ersehnt will, in der großen Scene des dritten Aktes,
die sehr anständige Frau Bauletta Bannaire, in der er sein Ideal
gefunden hat, durch die Wärme seiner Verleumdung zu gewinnen.
Als amüsante charakteristische Note spielt der Adreßfindende
Hinein, auf dem er die einzelnen Daten seiner vorfahrenden
Eroberung abliest bis zu dem Höhepunkt am 21. an dem die histo-
rische Anmerkung den Jahrestag der Einnahme von Berg-op-
Zoom verzeichnet. Zu diesem Refoluten, vor nichts zurückstehenden
Angreifer des alternden Mannes liegt ein innerliches Erlebnis,
eine gewisse dichterische Wärme, die dem Lustspiel, das sonst nach
einem Pariser Volkskoma die Personalunion von Polizeikom-
missär und Liebespaar für die geistliche Festhaltung des Ehe-
brudes trüffellos ausnimmt, seinen höheren Wert verleiht. Dazu
die amüsante Idee mit dem Liebespaar vor dem die Zukunft
prophetischen Adreßfindenden. Was vor und nach dieser großen
Scene und diesem pikanten Bilde liegt, ist äußerliches Beiwerk,
leicht und flott gemacht, mit all den aktuellen Anspielungen, den
spitzigen Bonmots und dem feinen Ton singelnder Causerie,
wie sie dem gewiegten Boulevardier zur Verfügung stehen. Diese
spielerische Grazie des Pariser Epirits brachte die zu schmerzlicher
Aufführung nicht heraus, dagegen rettete den dichterischen Ge-
halt der Hauptfigur Waghmanns treffliche Darstellung, die
der Komödie zu einem vollen Erfolge verhalf.
Dr. P. L.

Inzwischen hat sich ein Berein zur Förderung österreichischer Interessen in Albanien

ausgesehen. Am Montag fand in Wien eine Versammlung zur Gründung eines humanitären Vereins zur Förderung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen Oesterreich-Ungarns in Albanien statt, an der unter anderem Mitglieder des Hofrates, der Präsident des in Triest tagenden Albanischen Kongresses Fik Bey und mehrere Albanesen teilnahmen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der Bewunderung und Empathie für die heldenmütigen Verteidiger Stuturis ausgedrückt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die gerechte Sache Albanien siege. Die Versammlung schloß mit einer Kundgebung für den Kaiser und den Thronfolger.

Der Abzug der Zivilbevölkerung von Skutari hat noch immer nicht stattgefunden. Aus Cetinje wird dazu gemeldet:

Der deutsche Gesandte in Cetinje hat aus Konstantinopel von Mahmud Schefti Balsha ein Telegramm zur Weitergabe an Esad Pascha in Stutari erhalten, worin der Abzug der Zivilbevölkerung der Stadt von der türkischen Regierung erlaubt wird. Der montenegrinischen Regierung wird davon Mitteilung zur Weiterleitung nach Stutari gemacht. Es bleibt nun noch abzuwarten, welche Maßnahmen Esad Pascha für den Abzug der Zivilisten vorzuschlagen.

Militärregierungsmüde?

Paris, 9. April. Die in Cetinje beglaubigten Diplomaten erheben, wie hier verlautet, Kenntnis von der Absicht des Königs Nikolaus, die Zwangsmaßnahmen Europas mit seiner Abdankung zu beantworten und dem montenegrinischen Volk den Anschluß an Serbien zu empfehlen. Hierzu wird hier bemerkt, der König hoffe, daß sein Ruf in Rom und Petersburg ein Echo finden werde. In diesen beiden Hauptstädten bemähe man sich jetzt einigen Tagen, eine Grundlage der Verständigung zwischen Oesterreich und Montenegro zu finden. Stehe auch das Zustandekommen eines solchen Arrangements noch weit im Felde, so hätten die Kabinette von Petersburg und Rom doch das eine bei den übrigen Großmächten erreicht, daß zurzeit keine der bekannten Kandidaturen für den Fürstenthum von Albanien irgendwelche Unterstützung finde. Von den Kennern der montenegrinischen Verhältnisse wird weiter bemerkt, daß das montenegrinische Volk, wenn es dem König mit der Abdankung eines Tanes wirklich Ernst würde, seinen Rat, sich Serbien anzuschließen, gewiß nicht befolgen möchte, sondern ein anderes Mitglied der Dynastie Petrovitch zum König auszuwählen würde. Weit wichtiger als der Besitz von Stutari ersehe man dem montenegrinischen Volk die Erhaltung seiner Geldquellen. Hier liege der Kernpunkt der ganzen Frage.

Griechische Hilfe.

Paris, 9. April. „Excelsior“ meldet aus Korfu, daß 17 griechische Transportschiffe, die am Sonntag von Korfu mit 15 000 ferdischen Soldaten und Belagerungsgeschützen in Begleitung des Panzerkreuzers Kara und zweier Torpedobootführer abgegangen waren, zurückgekehrt sind, nachdem sie die Truppen und Kanonen in San Giovanni di Medina bei Stutari gelandet hatten.

Deutsches Reich.

Eine neue Verlobung im Kaiserhause?

Homburg v. d. S., Dienstag, 8. April.

Wie eine Nachrichtenstelle meldet, wird während des Aufenthalts des Herzogs von Cumberland in Homburg v. d. S. die Verlobung des Prinzen Dalbert von Preußen mit der Prinzessin Olga von Cumberland stattfinden.

Die militärische Instanz in Glaubenssachen.

Zu dem Urteil gegen den Leipziger Lehrverein.

Der Ausbruch „wüthige, unwürdige Agitation“ ist keine Beleidigung — so steht es in der Begründung eines Urteils des Kriegsgerichts der 23. sächsischen Division, das den Major z. D. Meißner von der Anklage wegen Beleidigung des Leipziger Lehrvereins freigesprochen hatte. Meißner hatte nämlich in dem Artikel eines konservativen Organs die Leipziger Lehrerschaft angegriffen und dabei die religiösen Ansichten der Lehrer in schäfflicher Form betitelt. Das Kriegsgericht sagte in seiner Begründung, es sei „als erwiesen anzusehen, daß die Führer des Leipziger Lehrvereins tatsächlich die übernommenen Grundsätze des evangelischen Glaubens und der evangelischen Volksschule bekämpfen“. Der Ausbruch „wüthige, unwürdige Agitation“ gehe nicht „über das einer absprechenden Kritik zuzubilligende Maß hinaus.“

Selbst die rechtsstehenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erheben Protest gegen eine solche Urteilsbegründung, und sie erwarten, daß der Leipziger Lehrverein sich das Urteil nicht gefallen lassen wird. Wir erleben hier, wie so oft schon, das eigenartige Schauspiel, daß eine immerhin doch militärische Instanz sich erlaubt, in Glaubenssachen ein maßgebendes Urteil abzugeben zu wollen. Klaffsch bleibt nach der Richtung ja der Fall Arta z. B., bei dem alle militärischen Instanzen den jungen Offizieren das Recht zusprechen, den Gottesdienst mitten während der Predigt zu verlassen, weil ihnen die Theologie des gerade amtierenden Geistlichen nicht behagt hatte. Je mehr sich Fälle dieser Art häufen, um so nachdrücklicher wird sich die Forderung nach reinlicher Scheidung zwischen Staat und Kirche erheben.

Das Zentrum und die Deckungsvorlage.

L. C. Hinsichtlich der Deckungsvorlagen scheint sich das Zentrum lo wenig einig wie nur irgend möglich zu sein. Die Reichsvermögenssteuer war bisher für das Zentrum eine völlig unannehmbare Sache. Jetzt läßt sich aber der „Pariserische Kurier“ in München aus Berlin schreiben, es seien Abgerordnete des Zentrums angefaßt der ungewöhnlichen Ver-

hältnisse und Schwierigkeiten bereit, auf den Boden einer Reichsvermögenssteuer zu treten, wenn die richtige Form gefunden werden könnte. Und später hieß es von derselben Stelle aus Berlin: „So bitter es vielen Herren der Rechten und des Zentrums klingen mag, der Afford, der immer lauter uns entgegenklingt, heißt Reichsvermögenssteuer.“ Das genannte Zentrumsblatt bemerkt seinerseits dazu nur ganz schüchtern: „So glatt möchten wir diesen Vorschlag nicht hinnehmen.“

Vielleicht ist es im wesentlichen agitatorisch-faktischer Momente, die für eine Stimmungsumschlag im Zentrum sprechen. Der eine der erwähnten Berliner Artikel enthält nämlich folgende nicht uninteressante Stelle:

„Nimmer noch lieber die Reichsvermögenssteuer als die Heberlassung des Fabrikzinses neuer, höchst geschäftiger Steuern an die Landtage, mo denn unter Umständen die Mehrheiten allein sie machen und die anderen triumphyierend und in Anschlag die Hände wäshend sich drücken.“

Das Zentrum hat wohl an der Reichsfinanzreform so wenig Freude gefunden, daß es die Verantwortung für weitere „geschäftliche Steuern“ nicht mehr allein tragen will!

Die Wahrheit über Luneville.

Die amtlichen Berliner Untersuchungen.

K. W. Von untrüßter Seite schreibt man uns:

Die Notlandung des deutschen Zeppelin-Luftschiffes in Luneville hat nun doch ein Nachspiel. Die an der Fahrt beteiligten deutschen Offiziere sind telegraphisch nach Berlin beordert worden, auch Graf Zeppelin ist nach der Reichshauptstadt berufen worden und beteiligt sich an den nachträglichen Untersuchungen des Falles, die im Reichsmarineamt stattfinden und die einerseits den Zweck haben, zu prüfen, ob es hier eventuell eine „Schuldfrage“ gibt, andererseits Verhaltungsmaßregeln für eventuelle „künftige Fälle“ finden sollen.

Sicher ist, daß die Zeppelin-Gesellschaft leider nicht die Wahrheit bekannt hat, als sie offiziell vermeldete, das deutsche Luftschiff sei von französischer Seite nicht untersucht worden. Der am Montag ausgegebene amtliche Bericht der Reichsregierung belastet ja schon das Gegenteil. Noch schlimmer ist, daß das französische Militär in Luneville unter Aufsicht ausgesetzt und belästigt hat. Die französischen Offiziere legten nicht einmal ihre fremden Zigarren weg, als sie das Luftschiff inspizierten. Die ihnen untergebenen Soldaten machten sich ein Vergnügen daraus, die Luftschiffhülle mit ihren Messern und Seitengewehren zu schnehen. Am schließlichen freikriechen sie auch das Luftschiff über und über mit beleidigenden Inschriften. „Nieder mit Preußen“, „Auf Wiedersehen in Berlin“ — das war vielfach zu lesen.

Aus dem amtlichen Bericht geht hervor, daß die Landung in Luneville keine Notlandung war. Das Luftschiff hatte noch genügend Betriebsmittel bei sich und die beteiligten Offiziere gingen nur darum nieder, weil sie den Verdacht der Spionage vermeiden wollten. Daraus dürfte ihnen nun doch ein Vorwurf gemacht werden. Denn in militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieser Verdacht nicht hätte entstehen können, wenn die Offiziere rechtzeitig das Niederlegen veranlaßt hätten. Sie haben in ihrer Verteidigung ausgeführt, das Luftschiff hätte lange Zeit die Orientierung verloren. Und als es sie wieder aufnehmen konnte, habe es sich schon auf französischem Boden befunden. Es ist aber nun ein avoistisches Prinzip, daß Luftschiffe sofort in die Tiefe gehen sollen, wenn sie keine Orientierungsmöglichkeit in der Höhe haben. Es war nicht korrekt, daß das Zeppelin-Schiff hundentmal ohne Orientierung in der Luft senkte. Nur so kam es auf französischem Boden. Wäre es sofort niedergegangen, als die Orientierungsmöglichkeit aufhörte, so wäre es in Deutschland verblieben. Doch etwa ungünstige Winde die Fahrt gefährdet hätten, ist nicht richtig. Denn könnten solche Winde dem Luftschiff ernstlich gefährlich geworden sein, so würden ja damit die Zeppelin-Schiffe überhaupt an Wert verlieren. Ferner herrschte am Tage der Heimfahrt des Zeppelin-Schiffes (4. April) keine andere Windrichtung als am Tage seines Niederganges, am 3. April. Am 3. April herrschte Nord-Ost und am 4. April ebenfalls Nord-Ost. Am 4. April lag mehr als am 3. April daher das Luftschiff am 4. April seinen Weg richtig nehmen konnte, so hätte es das auch am 3. getan. Und hier sind offenbar Fehler gemacht worden, die die jetzigen amtlichen Untersuchungen finden und wenn es nicht, auch sühnen müssen.

Parlamentarisches.

Eine Quelledebatte.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Dienstag den Etat für das Reichswehr in Beratung. Der Referent Hg. Hans Ecker Herr v. Büttich leitete die Debatte ein mit Darlegungen über die Neuforderungen des Etats. Für eine Personalvermehrung beim Kriegsministerium werden 7500 Mark mehr angefordert.

Ein Mitglied des Zentrums brachte die Duellefrage zur Sprache. Die in den Entschließen des Bundesrats gegebene Antwort auf die Beschlüsse des Reichstags genüge nicht. Den Fall in Rhön und die Entscheidung des Gerichts in Rastibor empfahl er dem Kriegsminister zur Beachtung. Der Kriegsminister erklärte zu dem Fall Kammer, daß das gerichtliche Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Das Urteil des Landgerichts über den Bezirksoffizier bedürfe noch der Klärung; der Offizier sei zehn Jahre Bezirksoffizier und habe seinen Dienst zu verlieren. Das sächsische Gutachten habe keine geistigen Defekte erheben; militärische Sachverständige seien vom Gerichte nicht zugezogen worden. Für einige ungeschickte Ausdrücke, die dieser Offizier bei Kontrollverfassungen gebraucht hätte, sei Abmahnung eingetreten. Kammer leitete noch im Dienst, befände sich aber auf Urlaub, damit er weiteren Reibungen entzogen sei. Der Redner der Nationalliberalen erluchte um Vorzicht bei der Auswahl der Bezirksoffiziere. Die dortigen genaueste Persönlichkeitsliste für den Posten nicht geeignet gewesen. Rehnlich äußerte sich ein sozialdemokratischer Redner. Der Kriegsminister er entgegnete: Wir schreiten gegen jeden Offizier ein, der seine Befugnisse überschreitet. Der Maßstab bei Beurteilung von Befugnisverletzungen ist überall der gleiche. Aber die Anwartschaften, die der Befehlshaber und der Bezirksoffizier gelagt haben sollen, liegt ein abschließendes Urteil noch nicht vor. Bis dahin

muß der Vorwurf der Zuge einem Offizier gegenüber aufs härteste zurückgewiesen werden. Sämtliche Vorgelegte beurteilen Kammer günstig, und man muß unbedingt erst das abschließende Urteil abwarten. Dem stimmte ein Mitglied der Fortschrittspartei bei, der das Verhalten Kammer für unzulässig fand und anregte, der Kriegsminister müsse die Affen einsparen. Der Kriegsminister entgegnete, es sei mehrfach versucht worden, die Affen zu bekommen, aber nicht gelungen. — Darüber wunderte sich ein Redner des Zentrums, da die Affen in seinen Händen seien, und besprach weiter die Betragung der Geistlichen in Diederhagen mit sechs Monaten Gefängnis; eine solche Strafe bedürfe wegen einer gemeinsamen Eingabe sei unverständlich. Ein nationalliberaler Redner verlangte ebenfalls Vorlage der Affen. Die Entscheidung des Landgerichts bzw. die Zeugnisaussagen müßten mehr beachtet werden. Ein Mitglied der Fortschrittspartei glaubte die im Osten und Westen vorgekommenen Fälle in ihren Ursachen auf die Stellung der Bezirks-offiziere überhaupt zurückführen zu sollen. Der Kriegsminister gab Auskunft über die Auswahl und Stellung der Bezirks-offiziere und legte Vermehrung dagegen ein, daß ein noch nicht abgeschlossenes Urteil die Grundlage für die Besprechung des Falles Kammer nicht sei. Und dagegen, daß Beschimpfungen bei den Kontrollverfassungen die Regel seien. Gegenüber anderen Bemerkungen sprach sich ein Mitglied des Zentrums über das Verfahren vor den Militärgerichten auf Grund seiner Erfahrungen günstig aus.

Parteinachrichten.

L. C. In Tübingen sind für den Wahlkreis Tübingen vier Tage in einer Vertrauensmännerversammlung der fortschrittlichen Volkspartei einmütig als fortgeschrittlicher Landtagskandidat der Rittergutsbesitzer Fritz Feinhold in Kaufmännisch ausgestellt worden. Mehrere Vertreter der nationalliberalen Partei beglückwünschten die fortschrittliche Volkspartei zu dieser Kandidatur und teilten mit, daß von nationalliberaler Seite als zweiter Kandidat des Wahlkreises Prof. Aualet-Tübingen proklamiert werde.

Heer und Flotta.

Die Juden als Offiziere. In seiner Rede zur Wehrvorlage am 2. April hat der politikfernde, freisinnig-antisemitische Abg. Generalmajor a. D. v. Liebert anlässlich der Frage des Offiziersmangels laut Parlamentsberichten sich gegen den Vorschlag, jüdische Offiziere einzustellen, mit den Worten gemeldet: „Der Herr könnte diese Sorge der Heeresverwaltung und dem Offizierskorps selbst überlassen. Was durch die Einbürgerung von Fremdkörpern aus einem Offizierskorps werden kann, zeigt jetzt die türkische Armee, die Juden, Christen, Armenier aufnahm, wodurch sie den osmanisch-mohammedanischen Charakter verlor und ein Gemengel wurde.“ — Herr v. Liebert, bekanntlich ein pensionierter Militär, zu deren Aufbringung auch das Geld jüdischer Steuerzahler verwandt wird, hätte besser damit getan, bevor er diese ebenso gehässige wie gekämmerlose Äußerung machte, sich einmal an die Zeit vor 100 Jahren zu erinnern. Er hätte dann zu seiner großen Ueberzeugung erfahren können, daß in den Freiheitskriegen eine größere Anzahl jüdischer Soldaten wegen ihrer Tapferkeit zu Offizieren befördert worden sind. Allein aus dem den israelitischen Friedhöfen in Berlin könnte man ihm die Namen von vier Offizieren v. d. H., des Majors Burg, des Premierleutnants Schig, des Leutnants Markensberg und des Leutnants Uebel, zeigen, abgesehen von einer großen Zahl von Kriegern, die die Feldzüge von 1813/15, 1864, 1866, 1870 mitgemacht und zum Teil gefallen sind.

Kleine vermischte Nachrichten.

100 000 Mark für bedürftige Kriegsveteranen. Der Kreisrat des Landkreises Schwelm bemilligte aus Anlaß des Regierungsjubiläums 100 000 Mark für bedürftige Kriegsveteranen.

Der Riesenbagger Imperator wird am 21. April den Hamburger Hafen verlassen und nach seinem Zielplatz auf der Unterelbe abgehen, um dort Kohlen und Proviant einzunehmen. Am 26. April soll eine Probefahrt von einem Tage unternommen werden.

Die Herrenkonfessionsräuber Berlins. In einer gemeinsamen Mitteloberverammlung der im Verbands der Schneider und im Hirsch-Underschen Gewerkeverein organisierten Herrenkonfessionsräuber Groß-Berlins wurde in gemeinsamer Abstimmung mit 88 gegen 25 bei 19 Stimmenthalungen beschlossen, am Mittwoch die Arbeit zu den von den Vertretern der kämpfenden Organisationen vereinbarten Bedingungen wieder aufzunehmen. Der neue Tarifvertrag steht Lohnverhöhungen von durchschnittlich 7 bis 10 Prozent vor. Mit dem Verfallungsbeschluss ist der seit sechs Wochen dauernde Streik beendet und die Gefahr einer allgemeinen Ausbreitung oder organisierter Herrenkonfessionsräuber in ganz Deutschland beseitigt.

Hof- und Personalnachrichten.

Prinz Heinrich ist Dienstag abend von Kiel nach England abgereist.

Ausland.

Verhaftung eines russischen Spions in Ungarn.

Die Budapestener Polizei verhaftete einen Spion, der seit einem Jahre in Budapest wohnte und wichtige militärische Geheimnisse an Rußland auslieferete. Er lebte unter dem Namen Nikolaus Bravura. In seiner Wohnung wurden sehr viele Schriftstücke beschlagnahmt. Bravura erklärte die Anklage, eine Saison für Rußland betriebe zu haben, für eine unannehme Verleumdung und leugnete alles. Bei der Durchsicht der Papiere wurde festgestellt, daß Bravura Chef einer russischen Spionengruppe ist. Seine Mittheilungen möhnen ständig in Wien und Berlin: mit ihnen unterlieh er einen regen Briefverkehr. Er selbst ist in Petersburg zuhause. Alle Anzeichen inreden dafür, daß er ein russischer Generalstabsoffizier ist. Wohlriehlich behauptet er sich auch eines anderen Namens. Unter seinen Papieren wurden überaus viele gefundene Stützen verschiedener ungarischer Befestigungen und eine belobende vollkommene Landkarte Oberungarns gefunden, auf der nicht nur die Landströme, sondern auch die Fahr- und Abfuhrwege in gewissen Richtungen und ihre Beschaffenheit bezeichnet waren. Nach be-

folgender sind die Zeichnungen und Ausweise über die Wehrmacht der Marschälle. Besonders genannt werden über die Kriegsstärke einzelner Armeekorps und einzelner Waffenregimenten, eingehende Studien über die Maschinenwaffenabteilungen und die Artillerie sowie Uniformzeichnungen. Ein beim Verhör anwesender Generalsstabsoffizier erklärte, sein kein Militärgeheimnis, die nur der Generalsstabschef kenne, eine Truppenoffizier könne solche Daten nicht erlangen.

Generalkrieg in Belgien.

Wegen des am Montag beginnenden Generalkriegs wurden die Brüsseler Garnison und holländische Regimenter, die zu Feldübungen ausrücken sollten, zurückgehalten. Die Schulen werden geschlossen und sollen der Bürgerwehr und den Gendarmen als Unterfunktionäre dienen. Die Brüsseler holländischen Arbeiter protestieren dagegen, daß der Bürgermeister ihnen die Teilnahme am Streik verboten hat. In Antwerpen wurde das Abhalten von Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Am Kohlenlager des Bonnage wird auf sämtliche Kleinbahnen getreift werden; doch werden die zur Erhaltung der Kohlenbergwerke nötigen Arbeiter gelassen. Die Kurruhe in Brüssel und im ganzen Lande wächst sehr.

Der Papst ist nie erkrankt.

Die vatikanischen Kreise schwächen alle Mitteilungen über die Krankheit des Papstes ab, so daß nur ein leichtes Unwohlsein übrig bleibt. Trotz aller bisherigen Vertuschungs- und Abwegsungsversuche läßt sich aber nicht mehr die Tatsache unterdrücken, daß die Ärzte eine Reihe Schwächen der Herzfunktion des Papstpatienten festgestellt haben. Schon lange sucht man durch Strapazanten den Unregelmäßigkeiten des Herzmuskelrhythmus zu begegnen. Am Dienstag wurde ein nicht weniger ernstes Stadium konstatiert: Man fand sehr beträchtliche Eisenhäufungen als ununterbrechbares Symptom eines schweren Nierenleidens. Seit Montag abend hat die Temperatur zwar sehr schwankt, ist aber nie völlig normal gewesen. Dies alles läßt hoffen, daß der anfängliche Optimismus der vatikanischen Kreise einer berechtigten Angst gewichen ist. Der Seibartz Professor Marchiafava äußerte sich sehr reserviert. Er erklärte, es sei nichts zu befürchten, es handle sich nur um einen Infektionsanfall mit Fieber und fieberhaften Erscheinungen, die bald überwunden sein dürften.

Der heilige Krieg?

Paris, 9. April. Wie aus Caablanca gemeldet wird, versucht der Präsident El Sida im gesamten Atlasgebiet Anhänger um sich zu fassen, denen er auf den Märkten den heiligen Krieg verkünden läßt. Der Raub der Anflus in seinerzeit bemüht, in der Gegend von Agadir eine Harza zu sammeln.

Nach Blättermeldungen aus Tetuan sollen die Raids des Rifgebiets eine Harza aufgebracht haben, die mit den Verhältnissen aus dem Innern an 20.000 Mann zählen soll. Die Harza ist angeblich mit Mauergewehren ausgerüstet und mit reichlicher Munition versehen. Sie soll einen plötzlichen nächtlichen Angriff auf Tetuan und erforderlichenfalls eine Belagerung dieser Stadt planen. In Tetuan lagern zwar 7000 Mann spanischer Truppen, doch sei die Besatzung sehr beschränkt, da sie befürchtet, daß, wenn die Stadt eingeschlossen sei, die Eingeborenen sich dem Aufstande anschließen würden.

Offiziersmangel in Frankreich.

Paris, 9. April. Die Militärzeitung „La Défense Nationale“ bemerkt, daß der Mangel an Nachwuchs im Offizierskorps besonders fühlbar werde. Die Kolonialinfanterie,

Vor Kalarrh sich schützen

ist wichtiger als ihn vermeiden und leidet dazu; denn es genügt, bei drohender Erkrankung, rauchem Salz und dergl. ein paar der bekannten Wobert-Zahntabletten zu nehmen, die dem Salz so wohl tun, die Verschleimung heben und die Stimme fest u. klar machen. Die Schachtel kostet in allen Apotheken u. Drogerien 1 Mk.

Wiederlagen in Halle: Bahnhof-Apothek., Deichstraße 8, Adler-Apothek., Gellertstr. 15, Engels-Apothek., Klein-Schützen 6, Hof-Apothek., Marktplatz 17, Kronen-Apothek., am Steinweg, Ede-Straßen-Apothek., Wobert-Apothek., Reifstr. 134, Victoria-Apothek., Dr. Seimstr. 32, Wobert-Apothek., am Markt.

die von der Offizierschule in St. Marant jährlich 40 Hauptantritt verhandelt, habe nur 10 bis 15 erhalten. Während diese Offizierschule nach 1911 doppelt so viele Bewerber als Plätze anwies, sei dieses Verhältnis 1913 so sehr zurückgegangen, daß auf 300 Plätze nur noch 400 Anwärter vorhanden waren.

18. Kirchlich-sozialer Kongress.

Barmen, 8. April.

(Telegraphischer Bericht.)

Die erste Hauptversammlung des 18. Kirchlich-sozialen Kongresses nahm heute vormittag im großen Saale des hiesigen evangelischen Vereinshauses ihren Anfang. Nach einer Andacht, die Missionsdirektor Spieder (Barmen) hielt, begrüßte der Präsident der Konferenz, Geheimrat Professor Dr. Dr. Dr. Seeborg (Berlin) die Teilnehmer und Ehren Gäste, worauf nach den üblichen Begrüßungen Prof. Dr. Dr. Dr. W. A. L. K. (Breslau) das Wort zu einem Vortrag nahm über das Thema:

Alte und neuprotestantische Stellung zu Christus.

Der Redner behandelte zunächst die historische Frage, ob der Glaube an den angeleglichen Erklärer als zum Wesen der urchristlichen Frömmigkeit gehörig angesehen werden dürfe. Daraus, daß wir den Christusglauben zuerst in den Paulinischen Briefen finden, darf nicht geschlossen werden, daß erst Paulus diesen Glauben geschaffen habe. Denn die Art, wie Paulus hier von, vor allem in Briefen, an ihm unbekannte Gemeinden handelt, beweist, daß der Apostel diesen Glauben als allgemein urchristlichen Besitz voraussetzt, was für den aramäischen Teil der Christenheit durch den Gelehrten „Maramatha“, d. h. „Herr, komm!“ bezeugt wird. Da die Befreiung des Paulus vom Christusglauben einige Jahre nach dem Tode Christi erfolgte, so ergibt sich hieraus, daß die persönlichen Jünger Jesu den Christusglauben teilten. Es hat keine Zeit gegeben, in der es lediglich eine Jesusverehrung in der christlichen Gemeinde gegeben hat. Der Christusglaube ist eine durch den Auferstehungsglauben begründete Folgerung aus dem Ausspruch Jesu, der Menschensohn zu sein. Seine leibliche Voraussetzung ist die Erfahrung wunderbarer und darum auf eine göttliche Ursache zurückgeführter Wirkungen im eigenen Annehmen. Daraus folgt, daß der Christusglaube aus einer bestimmten Art von Frömmigkeit sich ergibt. — Hat die urchristliche Art von Frömmigkeit, so fragt der Redner im zweiten Teil, auch in der Gegenwart ihre Berechtigung? Sie hätte sie nicht, wenn die Beurteilung des Menschen durch den sittlichen Idealismus zu Recht bestände, wenn die sittlich guten Kräfte im Menschen durch den Einfluß einer überragenden Persönlichkeit nur gemindert zu werden brauchten. Aber der sittliche Idealismus vermag den wirklich im Menschen vorliegenden moralischen Tatbestand nicht gerecht zu werden. Wird das Wesen der christlichen Sittlichkeit als eine Selbstbehauptung in der Selbstverleugnung, als ein Sichergeben an den Nächsten mit voller Freude angesehen, dann ist dieses Ideal von Boden des sittlichen Idealismus aus nicht zu erreichen. Die Sittlichkeit bleibt entweder heteronom oder sie kommt über eine Sittlichkeit der bloßen Willkürerfüllung nicht hinaus. Erst wenn Christus als Richter des sittlichen Idealismus empfunden wird, entsteht das Verlangen nach einer Neuschöpfung des inneren Menschen oder nach einer schlicht-nützigen Abhängigkeit des Menschen von Gott auch in sittlicher Beziehung. Aus dem Erlebnis dieser Neuschöpfung, die als wunderbar empfunden wird, wird der Christ den Schluß auf die Göttlichkeit ihres Urhebers ziehen und sich damit den urchristlichen Gottesglauben aneignen.

In den Vorträgen schloß sich eine längere Debatte. — Professor Lepsius (Königsberg i. Pr.) führte aus: Den Kampf wider Rom führt mit vergeblichem Schwert, wer ihn nicht auf Grund des reformatorischen Bekenntnisses führt. Der Radikalismus, der heute die Theologie des evangelischen Oberkirchenrats beherrscht, trägt ganz hypochondrische Züge. — Professor Dr. Weber (Bonn): Echte Kirchllichkeit erfüllt zuletzt nicht der Neuprotestantismus, sondern der biblische Glaube. — Dr. Weber (M. Gladbach): Wer als Theologe orientiert werden will, muß in Christo seinen Herrn und den Mittler zwischen Gott und den Menschen sehen.

Am Nachmittag traten die verschiedenen Arbeitskommissionen des Kongresses zusammen.

Provinzial-Nachrichten.

Wegen Spionageverdachts in Italien verhaftet.

Jerich, 9. April. (Privattelegramm.) Der Student Dürr aus Jerich, der sich in Italien auf einer Studienreise aufhält, ist im italienischen Kriegshafen Spezia wegen Spionageverdachts verhaftet worden. Trotzdem die Untersuchung keine nützliche Anschuldigung ergab, ist er bis heute noch nicht freigelassen worden.

L. Schönfeld, 8. April. (50jähriges Ehejubiläum.) Die hier wohnenden Ermischlichen Eheleute konnten gestern in voller Fröhlichkeit ihr 50jähriges Ehejubiläum begehen.

A. Grepin, 8. April. (Schwerer Unfall.) Der auf den Elektrizitätswerken beschäftigte Arbeiter Ferdinand Reide aus Grepin zog sich an der Kettenbahn so erhebliche Quetschungen zu, daß er schwer verletzt sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

A. Ritterfeld, 8. April. (Gesundener Kupferdiebstahl.) — Funkentelephonische Verusche.) In der Erde vergraben und unter Dünghaufen versteckt, fand man gestern in der Ritterfelder für größere Mengen Bronzegrub. Man nimmt an, daß dieses Diebstahl von den zahlreichen Kupferdiebstählen in hiesiger Gegend herrührt. — Eine Abstellung des 5. Telegraphenbataillons aus Sprenberg bei Altdorf traf heute hier aus Tergau ein und während der nächsten Zeit funktentelephonische Verusche anstellen. Bei günstigerem Wetter werden Verusche telephonischer Verständigung zwischen Erde und Paradieslustlich vorgenommen.

v. Halberstadt, 8. April. (Programm für das Jahresfest des Hauptvereins des Evangelischen Bundes in der Provinz Sachsen zu Halberstadt am 21. und 22. April d. J.) Montag, den 21. April, nachm. 3 1/2 Uhr, Abgeordnetenversammlung im Stadtpark; nachm. 5 Uhr Begründung des Hauptvereins namens des Magistrats in der Marinikirche. Von hier aus Zug nach dem Dom. 5 1/2 Uhr Festgottesdienst im Dom; Festprediger Generalsuperintendent Genuß. Abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im „Stadtpark“. Festrede: P. J. Kienhöfer-Müncheberg. „Der deutsche Gedanke in der Welt und der Evng. Bund“. Dienstag, den 22. April, vorm. 8 Uhr, Festsichtigung der Stadt. 9 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Stadtpark“. Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Geh. Justizrat Eise-Halle, Jahresbericht und Rechnung. Vorträge: Konfirmandenat Joseph-Halle. Die aufbauende Tätigkeit des Evng. Bundes in Deutschland“, P. May-Cilli. „Die aufbauende Tätigkeit des Evng. Bundes in Österreich“. Vorträge der Zweigvereine.

Redaktions-Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

... Ich bin sympathisch mit dem Sinn von Prof. Dr. Weber's Wobert-Zahntabletten, jedoch noch nicht so sehr, wie ich es sein möchte.

Über 34.000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Die bekannten Vorzüge unserer

garnierten Damen- u. Kinder-Hüte

Kinder-Glocke aus blau-weißem Strohflecht	1 95	1 50	1 35	75	Fr
Kinder-Glocke mit Seide u. Blumen voll garniert	6 50	4 75	3 25	2 75	
Kinder-Kappe aus Strohflecht mit Buzgaren-Borte und Band garniert	7 50	6 50	4 75	4 50	
Trotteur aus Strohflecht mit Fantasiegeflecht	9 50	6 25	4 50	2 75	
Gamin aus Bast, Strohflecht mit schöner Band-Garnitur	12 00	9 60	6 25	4 75	

sind:
Stets das Neueste!
Flotte Garnituren!

Bei denkbar grösster Auswahl
anerkannt billigste Preise.

Moderne Kappe aus Strohflecht mit Fantasiegeflecht und Buzgaren	11 50	9 50	7 50	5 50
Elegant. Backfischhut aus Strohflecht od. Spitze gearbeitet	13 50	9 50	7 75	6 50
Schicker Hut Form aus Strohflecht od. Tagaline-Geflecht mit apart. Garnitur	16 00	14 50	10 50	8 75
Backfisch-Kappe aus Strohflecht od. Fantasiegeflecht m. farb. Band u. Bauernbuket	10 50	8 75	7 50	6 25
Feder-Hut elegante schmale Form mit bestem Material verarbeitet	22 50	19 50	16 50	13 50

Pariser Original-Modell-Hüte.

J. LEWIN

Aparte Entwürfe eigener Ateliers.

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

